

TTIP:

Ein Kampfprogramm zur Neuordnung des Weltmarkts für Dollar- und Eurokapitalisten

„**TTIP bringt mehr Wachstum!**“ versprechen die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker. *Wem* versprechen sie damit eigentlich *was*? Dass Löhne und Gehälter wachsen, ist jedenfalls nicht versprochen. Dass die Lebensverhältnisse für normale Menschen leichter, angenehmer, sauberer, gesünder werden, ist auch nicht im Programm. Wachsen soll „die Wirtschaft“, nämlich was die an Erfolgszahlen produziert. Was sie da hinkriegt, ist natürlich nach wie vor und mehr denn je eine Frage der *Konkurrenz* – zwischen den Firmen, und zwischen den Staaten, die für die Bilanzen der Wirtschaft ihres Landes alle Rücksichten fallen lassen. Was also auf alle Fälle wächst und wachsen soll, das sind Reichweite und Schärfe eben dieser Konkurrenz, für die die Firmen in Europa, in Nordamerika und überhaupt weltweit ihr Personal auf *wachsende Leistung* trimmen und für die die zuständigen Politiker ihren Völkern einen gut durchorganisierten *wachsenden Leistungsdruck* bescheren. „Reformen“ ist das niedliche Stichwort dafür.

Für Leute, die sich nicht alles gefallen lassen wollen, was Staat und Wirtschaft mit ihnen anstellen, eine gute Gelegenheit, sich darüber Rechenschaft abzulegen – nein, nicht bloß, ob sie allen Ernstes *noch mehr* von dieser Konkurrenz haben wollen, sondern ob überhaupt diese Art von Leben. Denn warum soll man als normaler Mensch *für* eine Ökonomie des *Konkurrenzkampfs der Firmen ums Geld der Welt* sein?

Ach so, wegen des großen Segens, der damit verbunden und gleichfalls versprochen ist:

„**TTIP schafft Arbeitsplätze!**“ – Zigtausende, heißt es. Und kaum versprochen, fangen kritische Experten das Nachrechnen an und kommen zu „mageren“ bis „enttäuschenden“ bzw. „gefälschten“ Ergebnissen. Aber was ist das überhaupt für ein Versprechen? Für einen normalen Zeitgenossen, der einen Arbeitgeber finden muss, damit er sich überhaupt einen Lebensunterhalt verdienen kann, enthält die schöne Verheißung eher eine *Drohung*, oder genau genommen sogar zwei:

Nr. 1: Wie dein „Arbeitsplatz“ aussieht, was du dort zu tun hast, was du dort verdienst, das liegt überhaupt *nicht in deiner Hand*. Das entscheidet sich im internationalen Konkurrenzkampf der Firmen, für den eine Handvoll demokratisch gewählte Machthaber die Richtlinien erlassen.

Nr. 2: Auf einen solchen Arbeitsplatz bist du angewiesen, aber der Arbeitsplatz nicht auf dich. Ob es den überhaupt gibt, das entscheiden die Firmen im Zuge und im Interesse ihres grenzüberschreitenden Konkurrenzkampfes, für den demokratisch gewählte Politiker sich immer griffigere Richtlinien ausdenken.

Eine schöne Ansage also: Du, lieber TTIP-Bürger, *hast* die *Not*, an eine Verdienstquelle zu kommen – die Verantwortlichen, *schaffen und verwalten* sie. Und ausgerechnet das soll ein unanfechtbar guter Grund sein, *dafür* zu sein – für das Funktionieren eines Ladens, in dem der normale Mensch die ehrenvolle Rolle der *abhängigen Nullnummer* spielen darf!

Na ja, immerhin ist auch versprochen:

„**TTIP spart Kosten!**“ Nämlich erstens den Unternehmern; zweitens die Kosten für die Einhaltung von Vorschriften, die besorgte Politiker irgendwann einmal für nötig gehalten haben – was natürlich schon zwei gute Gründe für TTIP sind. Der beste Grund heißt aber drittens: Diese Vorschriften sind, nach den amtlichen Feststellungen der Unterhändler, eigentlich gar nicht für die Angelegenheiten gut, die sie regeln – irgendwelche Gesundheitsrücksichten, Schonung der Natur oder so –, sondern vor allem dazu da, ausländische Konkurrenten zu *diskriminieren*.

Letzteres ist mal ein ehrliches Wort. Und sollte all denen zu denken geben, die ihre eigene Obrigkeit schon allein deswegen für vergleichsweise nicht schlecht halten, weil sie die amerikanische Art der Salmonellenbekämpfung in Hühnerkadavern für den menschlichen Verzehr bislang nicht zugelassen hat. Am Ende ist es nämlich wirklich so, dass alle politische Volksfürsorge, von gewissen Vorschriften zur Unfallverhütung bis

zur Buchpreisbindung, *schon seit jeher* unter dem einen großen Vorbehalt steht oder jedenfalls mittlerweile nur im Sinne der einen großen Staatsaufgabe in die Tat umgesetzt wird: Das *nationale Geschäft* muss sich *lohnen*. Oder genauer: Alle Geschäftemacherei muss sich nicht nur überhaupt für die lohnen, die es machen, sondern auch für die Staatsgewalt, die darauf aufpasst. Deswegen passt die auch darauf auf, dass die weltweite Geschäftemacherei sich vor allem für die lohnt, die mit ihrer Bereicherung ihrer Staatsgewalt nützen.

Wenn das nicht auch für alle, die von den lohnenden Geschäften gar nichts haben, ein guter Grund ist, dafür zu sein!

Womit wir beim letzten und ehrlichsten aller Versprechen wären:

„TTIP setzt Geschäftsbedingungen für den Rest der Welt!“ Für die Chinesen vor allem, und zwar bevor die Volksrepublik, die kommunistische, zusammen mit Russland, Indien, Brasilien, Südafrika... – „*uns*“ die Bedingungen serviert, nach denen kapitalistische Unternehmer auf dem Weltmarkt Geld verdienen können. Welche Bedingungen das dann sein könnten, wen sie wie treffen würden, spielt da gar keine Rolle – und schon gar nicht der Gesichtspunkt, dass der normale Mensch in dem ökonomischen Welttheater, um dessen Geschäftsordnung da so erbittert gerechdet wird, allemal nur als Versatzstück in kapitalistischen Konkurrenzerefolgsberechnungen vorkommt. Genau diesen normalen Menschen soll ganz spontan einleuchten, dass es auch für sie ganz furchtbar entscheidend ist, in *welchen* Hauptstädten über die Vorschriften entschieden wird, nach denen das weltweit agierende *Kapital sein Wachstum* betreibt – *mit ihnen* als lohnabhängigem Menschenmaterial unter staatlich organisiertem Leistungsdruck oder auch *ohne sie*, wenn es gerade keine lohnende Verwendung für sie hat. Ein herrlicher Grund, *dafür* zu sein, den die Politiker ihrem wahlberechtigten Volk da anbieten: Unsere schöne Welt *ist imperialistisch*; und deswegen wollen und müssen *wir* – zusammen mit unseren europäischen und transatlantischen ‚Partnern‘ – die führenden, maßgeblichen *Imperialisten bleiben*: Wir lassen uns die Geschäftsbedingungen nicht vorschreiben, wir geben sie vor!

*

Traurig genug. Genau an *dem* Versprechen macht sich die härteste Kritik fest, die in Sachen TTIP in Deutschland zu vernehmen ist: Die *privaten „Schiedsgerichte“* sind der große Stein des Anstoßes. Denn da droht ein Sieg des ökonomischen Eigennutzes über demokratisch beschlossene Regelungen, da droht überhaupt der Verlust der staatlichen Handlungsfähigkeit, heißt es. Das darf nicht passieren – da sind sich die schärfsten Kritiker von unten mit dem dicksten TTIP-Anwalt der Regierung auf einmal einig!

Da treffen sich im Etikett „demokratisch beschlossen“ am Ende die Macht- und Freiheitsillusionen wahlberechtigter Regierender mit dem Souveränitätsanspruch der gewählten Regierenden in dem einen entscheidenden „Punkt“: *National* muss die Geschäftsordnung sein, der wir alle gehorchen. *National und souverän* muss die Herrschaft agieren, nach innen über allen bloß partikularen Interessen stehend und keiner auswärtigen Macht hörig: *Das* ist sie vor allem anderen sich und ihren Bürgern schuldig.

So verpasst man gründlich, worum es bei TTIP wirklich geht ...

Vortrag und Diskussion

TÜBINGEN: Mittwoch, 5. November, 19:15 Uhr

Universität Tübingen, Wilhelmstr., Neue Aula, Hörsaal 1,

STUTTGART: Donnerstag, 6. November, 19:30 Uhr

Clara Zetkin Haus, Gorch-Fock-Str. 26, 70619 Stuttgart (Sillenbuch)